
Fritz Baade

DEUTSCHLANDS BEITRAG ZUM WIEDERAUFBAU EUROPAS

Der Wendepunkt, von der ersten zur zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts fällt zusammen mit dem Wendepunkt von der ersten zur zweiten Hälfte des Marshall-Plans. In Monaten gerechnet, ist von der Planperiode noch nicht ganz die Hälfte verstrichen, rechnet man aber das Geld, das die Amerikaner beim Beginn des Marshall-Plans als Gesamthilfe für Europa in Aussicht genommen hatten, so ist bereits mehr als die Hälfte davon ausgegeben. Noch Besorgnis erregender wird das Bild, wenn man das Geld rechnet, das die Amerikaner tatsächlich wahrscheinlich aufbringen werden: von diesem Geld ist sicher weit mehr als die Hälfte schon ausgegeben, denn die Summen, die der Kongress in diesem Jahr bewilligen wird, werden sicherlich wesentlich unter dem Voranschlag liegen, gar nicht zu reden von den Jahren 1951 und 1952.

In der mit der Jahreswende 1949/50 zu Ende gegangenen ersten Hälfte des Marshall-Plans konnte von einer echten Europaplanung kaum gesprochen werden. An Stelle eines einheitlichen europäischen Wiederaufbauplans haben die europäischen Empfangsländer 16 – oder mit den von den Militärregierungen aufgestellten Plänen für die Bizone und die französische Zone 18 – isolierte Einzelplanungen aufgestellt, von denen die eine auf die andere kaum Rücksicht nahm, die vielmehr häufig in einem unvereinbaren Gegensatz zueinander standen.

Unter dem Druck der immer schärferen amerikanischen Kritik soll dies in der zweiten Hälfte des Marshall-Plans nun anders sein. Die langfristige und einheitliche europäische Wiederaufbauplanung soll nunmehr beginnen, zu einem sehr späten Zeitpunkt, hoffentlich nicht zu spät!

Dieser Zeitpunkt fällt nun auch mit dem Augenblick zusammen, in dem Deutschland ein direkter Partner des Marshall-Plans geworden ist. In den letzten Monaten des Jahres 1949 war Deutschland zum ersten Mal durch eigene Beauftragte und nicht durch Beamte der Militärregierung in dem Rat für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) in Paris vertreten. Seit wenigen Wochen hat es eine eigene Delegation bei der Marshall-Plan-Verwaltung (ECA) in Washington. Im Januar 1950 wurde der Staatsvertrag zwischen der Deutschen Bundesrepublik und der Regierung der Vereinigten Staaten über Deutschlands Teilnahme an der Europahilfe ratifiziert. Es ist daher wohl der richtige Augenblick, sich grundsätzlich klar zu machen, welchen Beitrag Deutschland durch volle Mitarbeit an dieser Wiederaufbauplanung für das Gelingen des Planes leisten kann, in welcher Weise also Deutschland in den Plan eingebaut werden muss.

Deutscher Wiederaufbau ist europäischer Wiederaufbau

Wohl die beste Formulierung, die jemals über die Rolle Deutschlands für den europäischen Wiederaufbau gefunden worden ist, stammt aus dem Bericht des President's Committee on Foreign Aid (Harriman Committee), das von Präsident Truman im Herbst 1947 eingesetzt wurde, um die Möglichkeiten und Grenzen der amerikanischen Hilfe für Europa zu untersuchen. Diesem Ausschuss gehörten namhafte amerikanische Wissenschaftler von den Universitäten Iowa State, Duke, Harvard, Cornell und Berkeley an. Die amerikanischen Gewerkschaften waren in diesem Komitee vertreten durch den Schatzmeister der American Federation of Labour, George Meany, und den Schatzmeister der CIO, James B. Carey. Ferner gehörten dem Komitee hervorragende Vertreter des Bank-

wesens und der Wirtschaft an, unter ihnen der heutige Marshall-Plan-Administrator Paul G. Hoffman. Bezüglich der Rolle Deutschlands für den europäischen Wiederaufbau hat dieses Komitee folgendes festgestellt:

„Kein Teil der Wirtschaftshilfe, um die von den OEEC-Ländern nachgesucht wird, ist von so fundamentaler Notwendigkeit für den Wiederaufbau Europas wie die Hilfe für die Wiederherstellung der deutschen Industrie, der deutschen Landwirtschaft und des deutschen Transportwesens. Die Bedeutung der Stellung Deutschlands in Europa kann am besten durch einen Vergleich mit den Verhältnissen innerhalb der Vereinigten Staaten ermessen werden. Das deutsche Industriegebiet entspricht dem Industriegebiet der Vereinigten Staaten, das sich von West-Pennsylvanien bis Illinois erstreckt. Wäre die industrielle Produktion dieses Gebietes durch eine Katastrophe auf den halben Umfang reduziert, so wäre es für jeden augenfällig, dass das Wirtschaftsleben in den übrigen Teilen der Vereinigten Staaten zutiefst davon betroffen würde – der Verlust an Produktions- und damit an Kaufkraft in diesem großen Teilgebiet würde nach allen Seiten hin Rückwirkungen haben.“

Ein deutscher Wissenschaftler, Wirtschaftler oder Politiker hätte kaum wagen können, so scharf und zugespitzt zu formulieren und den anderen europäischen Völkern die fundamentale Bedeutung der Hilfe für die Wiederherstellung der deutschen Industrie, der deutschen Landwirtschaft und des deutschen Transportwesens für den Wiederaufbau ihrer eigenen Volkswirtschaften so unverblümt vor Augen zu stehen. An der Richtigkeit der Feststellung aber kann es keinen Zweifel geben. Der Vergleich zwischen der Bedeutung, die das deutsche Industriegebiet im Wirtschaftskörper Europas hat, und der Bedeutung des Industriegebiets der Vereinigten Staaten für die amerikanische Wirtschaft trifft in der Tat den Kern der Sache. In Nordwesteuropa, nämlich dort, wo das Ruhrgebiet, das belgisch-luxemburgische, das holländische und das nordfranzösische Industriegebiet zusammenstoßen, befindet sich ein Zentrum der industriellen Produktion, gestützt vor allem auf Stahl und Kohle, und ein Zentrum der durch industrielle Produktion erworbenen Massenkraft, das für das Gedeihen aller Teile des europäischen Wirtschaftskörpers von entscheidender Bedeutung ist. Mit Recht hat das Harriman Committee hervorgehoben, dass die Bedeutung nicht nur auf dem Gebiet der Produktion und damit der Belieferungsmöglichkeiten, sondern mindestens ebenso sehr auf dem Gebiet der Kaufkraft und damit des Absatzmarktes für die Produkte anderer Teile des europäischen Wirtschaftskörpers liegt.

Die Abhängigkeit großer Teile der europäischen Wirtschaft von der Kohle des Ruhrgebiets ist allen unseren Nachbarländern und insbesondere auch den Siegerländern am frühesten klar gewesen. Die Einsicht in diese Abhängigkeit hat es verhindert, dass die ursprüngliche Konzeption des Morgenthau-Plans, wie sie in Quebec von Churchill und Roosevelt paraphrasiert worden war, in die Tat umgesetzt wurde, nämlich nicht nur die Stahlindustrie, sondern auch den Kohlenbergbau an der Ruhr und an der Saar für ewig auszurotten. Die allgemeine Kohlenknappheit führte vielmehr zu der entgegengesetzten Forderung, Deutschland sollte Kohle liefern nicht nur bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit, sondern über seine Leistungsfähigkeit hinaus, d. h. ohne Rücksicht auf den eigenen Bedarf der deutschen Wirtschaft. Nachdem man jahrelang die Ruhr gezwungen hat, Kohle und Koks in Mengen zu liefern, die im Rahmen eines gesamteuropäischen Wiederaufbaus weitgehend zunächst in Deutschland hätten eingesetzt werden müssen, um auf dem Wege über bessere Wohnungen für die Bergleute, gesteigerte Kunstdüngerproduktion und damit gesteigerte Ernährung und verbesserte Maschinenausrüstung der Bergwerke die Leistungsfähigkeit gerade des Ruhrkohlenbergbaus rasch zu steigern, ist diese Periode des zwangsweisen Rohstoffexports jetzt im wesentlichen überwunden.

Fehlplanung bei Stahl

Bei dem anderen Grundprodukt, mit dem das deutsche Industriegebiet andere Teile Europas weitgehend zu versorgen pflegte, dem Stahl, war die Politik der Siegermächte noch weniger einsichtsvoll. Zunächst hatte man im Potsdamer Abkommen die deutsche Stahlproduktion auf die ganz unmögliche Ziffer von 4,5 Millionen Tonnen drosseln wollen. Bei der Revision des Industriepfplans im Sommer 1947 wurde die Ziffer der erlaubten Stahlproduktion für die Bizone auf 10,7 Millionen Tonnen, für ganz Westdeutschland auf 11,1 Millionen Tonnen festgesetzt. Das ist ein Fortschritt gegenüber dem Potsdamer Abkommen, aber immer noch eine Ziffer, die im Interesse des deutschen Wiederaufbaus ebenso unerträglich niedrig ist wie im Interesse des europäischen Wiederaufbaus. Was es in Deutschland an Stahlkapazität über die 11,1 Millionen Tonnen hinaus gab, sollte demontiert werden. Und diese Demontagen sind dann bis zum November 1949, d. h. praktisch in der ersten ganzen Hälfte des Marshall-Plans durchgeführt worden. Sie betrafen innerhalb der deutschen Stahlindustrie und damit innerhalb der westeuropäischen Stahlindustrie die modernsten Werke wie insbesondere die August Thyssen-Hütte, die, direkt auf der Kohle gelegen und mit den günstigsten Bezugsmöglichkeiten für Erze auf dem Wasserwege, vielleicht das modernste und mit den niedrigsten Produktionskosten arbeitende Stahlwerk Kontinentaleuropas darstellte. Während man in Deutschland solche Werke verschrottete - denn Hochofenanlagen, Stahlmischanlagen und Siemens-Martin-Ofen kann man nicht auseinander schrauben, um sie woanders wiederaufzustellen, man kann sie nur demolieren und hat die Demontage dieser Anlagen tatsächlich in der Form reiner Demolierungen durchgeführt -, baute man gleichzeitig an anderen Punkten des Marshall-Plan-Raumes mit Marshall-Plan-Mitteln eine erweiterte Stahlkapazität auf. Teilweise geschah dies an Orten, die von vornherein auf Grund der Standortsbedingungen hohe Produktionskosten haben müssen. Der krassste Fall vielleicht war der Aufbau einer zusätzlichen Stahlkapazität in Italien, wo an Plätzen, an denen es weder Kohle noch Erze gibt, mit einem Kostenaufwand von 200 Millionen Dollar die Schaffung einer zusätzlichen Stahlkapazität von 1 Million Tonnen beschlossen wurde. Insgesamt beabsichtigten die nichtdeutschen Teilnehmerländer des Marshall-Plans im Rahmen ihrer langfristigen Planungen mit direkten oder indirekten Marshall-Plan-Mitteln 11 Millionen Tonnen neue Kapazität zu schaffen, während in Westdeutschland 4 Millionen Tonnen Kapazität zerstört werden sollten.

Durch das Abkommen vom Petersberg sind diese Zerstörungen gestoppt worden. Es bleibt aber auch auf Grund dieses Abkommens zunächst bei der Höchststahlquote von 11,1 Millionen Tonnen in Deutschland, und es bleibt ebenso bei den Plänen der nichtdeutschen Teilnehmerländer des Marshall-Plans, durch Neuinvestitionen zusätzliche Kapazitäten aufzubauen. Erst kürzlich wurde ein mit Marshall-Plan-Mitteln gebautes Riesenstahlwerk in Frankreich in Betrieb genommen. Die Inbetriebnahme von weiteren Werken steht bevor.

In der Stahlwirtschaft kann also keine Rede davon sein, dass in dem ersten ein mit Marshall-Plan-Mitteln gebautes Riesenstahlwerk in Frankreich in Be-Committee befolgt worden wären. Man hat genau das Gegenteil davon getan und in der europäischen Wirtschaft damit Verwüstungen eingeleitet, die den Verwüstungen gleichen, die eintreten würden, wenn man in Amerika in dem „Industriegebiet, das sich von Westpennsylvanien bis Illinois erstreckt“, ein Drittel der Stahlkapazität stilllegen oder zerstören und wenn man versuchen würde, ein Mehrfaches dieser Stahlkapazität in anderen Teilen Amerikas, vielleicht gar in Florida oder Texas, künstlich aufzubauen. Da es sehr schwer sein wird, in der zweiten Hälfte des Marshall-Plans das wieder gutzumachen,

was hier in der ersten Hälfte des Marshall-Plans an Fehlplanungen teils durchgeführt, teils ziemlich unwiderruflich eingeleitet worden ist, muss man damit rechnen, dass die europäische Wirtschaft mit einem erheblichen Teil von künstlich überhöhten Produktionskosten für Stahl auf der einen Seite und einer künstlichen Reduktion von Kaufkraft des Kernindustriegebiets in einer schwer reparablen Weise vorbelastet ist.

Europäische Notwendigkeit des deutschen Industrieexports

Aber vielleicht noch tief greifender sind die Fehllenkungen im europäischen Wiederaufbau, wenn das deutsche Industriegebiet in seiner Funktion als Belieferer der übrigen Marshall-Plan-Länder mit Maschinen und industrieller Ausrüstung in ähnlicher Weise ausgeschaltet bleibt, wie es in der ersten Hälfte des Marshall-Plans angebahnt wurde. Deutschland exportierte in den Vorkriegsjahren für etwa 175 Millionen Dollar Maschinen, die nach heutigen Preisen einen Wert von etwa 350 Millionen Dollar haben würden. Weit mehr als die Hälfte dieser Maschinen wurde in Europa, etwa die Hälfte im heutigen Marshall-Plan-Europa abgesetzt. Die künstliche Drosselung der Industrieproduktion an der Ruhr, insbesondere die Drosselung der deutschen Stahlproduktion und die systematische Unterbindung des deutschen Exports von Maschinen und Industrieausrüstung durch die JEIA haben dazu geführt, dass diejenigen europäischen Länder, die sonst von Deutschland beliefert wurden, sich nach anderen Lieferquellen umsehen mussten. Teils haben sie ihre eigene Produktion gesteigert, was teilweise zu einer erheblichen Überteuerung ihrer Versorgung führte, teils haben sie an Stelle deutscher Maschinen englische Maschinen bezogen, teils haben sie mit Marshall-Plan-Mitteln Maschinen aus Amerika gekauft. Da in der Vorkriegszeit der Maschinenimport der Marshall-Plan-Länder aus Amerika völlig unbedeutend war, müssen ihre heutigen Maschinenkäufe aus Amerika im wesentlichen als ein Ergebnis des Abschneidens normaler Bezugsmöglichkeiten aus Deutschland betrachtet werden. Während sie aber ihre Bezüge an Kohle, Stahl und Maschinen aus Deutschland mit ihren typischen Exportprodukten leicht bezahlen konnten, stehen sie vor der Unmöglichkeit, die amerikanischen Maschinen auf die gleiche Weise zu bezahlen. Ein erheblicher Teil ihres Dollardefizits ist daher weiter nichts als eine Konsequenz der Abschneidung normaler Außenhandelsbeziehungen mit Deutschland. Dies ist im Falle Schwedens, Dänemarks, Italiens, Griechenlands und der Türkei besonders klar. Im Rahmen des natürlichen europäischen Güterauschanges pflegte Italien Kohle, Stahl, Fabrikausrüstungen und Maschinen aus Deutschland zu beziehen (61 v. H. des italienischen Imports an Stahl und Walzwerkserzeugnissen stammten aus Deutschland), und es pflegte dafür mit seinen typischen Agrarprodukten wie Apfelsinen, Zitronen, Tomaten, Pfirsichen und anderen Arten von Obst und Gemüse zu bezahlen. Nichts von diesen Produkten ist praktisch in Amerika verkäuflich. Die Lieferung dieser Produkte aus Amerika mit Marshall-Plan-Mitteln kann nur ein Notbehelf für wenige Jahre sein. Das Problem, von weiterer Dollarhilfe unabhängig zu werden, besteht für Italien und für andere Teilnehmerländer mit ähnlicher Wirtschaftsstruktur weitgehend darin, an die Stelle der anormalen Bezüge von Industrieprodukten aus USA, wieder die normalen Bezüge aus Deutschland zu setzen und dafür mit den normalen Lieferungen zu bezahlen. Ähnlich liegt es bei Schweden, das seinen Bedarf an Walzwerkserzeugnissen, Röhren, anderen Stahlprodukten sowie an Maschinen weitgehend in Deutschland zu decken und mit seinen typischen Exportprodukten, Erzen, Holz und Papiermasse, zu bezahlen pflegte. Auch im Falle Schwedens ist ein unnormales Dollardefizit durch die künstliche Drosselung

der deutschen Industrieproduktion entstanden, und auch dieses Defizit kann nur durch Wiederherstellung des normalen Güteraustausches beseitigt werden.

Besorgniserregend ist es allerdings, dass der Aufbau von Ersatzindustrien in der ersten Periode des Marshall-Plans, so planwidrig dieses Vorgehen auch vom Standpunkt einer wirklichen Europaplanung war, an manchen Einzelpunkten nur allzu erfolgreich gewesen ist. Für Stahl wurde bereits erwähnt, dass, wenn die nichtdeutschen Teilnehmerländer alle ihre Pläne verwirklichen, eine zusätzliche Kapazität von 11 Millionen Tonnen Stahl geschaffen sein wird, während die Zerstörung von 4 Millionen Tonnen Stahlkapazität in Deutschland – die eigentlich den Raum für die Kapazitätserweiterung bei den anderen Ländern schaffen sollte – durch das Abkommen vom Petersberg zum mindesten aufgehoben worden ist. Bei Maschinen, Elektromaterial, Kleineisenwaren, Werkzeugen und Chemikalien hat England schon im Jahre 1948 Exportziffern erreicht, die, in Dollar gerechnet, etwa das Vierfache der Vorkriegsziffern betragen. Da die Preise für diese Waren, in Dollar gerechnet, etwa das Doppelte der Vorkriegspreise betragen, bedeutet dies, dass die englischen Exporte in diesen Kategorien mengenmäßig etwa in der Größenordnung des Doppelten der Vorkriegsexporte liegen. Da Deutschland vor dem Kriege bei diesen Artikeln ebenso viel exportierte wie England, kann man in großen Zügen feststellen, dass bereits im Jahre 1948 die englischen Exporte etwa so groß waren wie die Gesamtheit der Vorkriegsexporte der beiden Länder England und Deutschland. Dies rechtfertigt im vollen Umfange das Bild des gegenwärtigen Außenhandels Europas, welches in dem Bericht der Europäischen Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für 1948 entworfen wurde: Der innereuropäische Handel ist im Begriff, eine Struktur anzunehmen, die weitgehend unabhängig ist von der Rolle, welche Deutschland früher darin spielte.

Kein Ersatz für deutschen Markt

Es wäre aber sehr kurzsichtig, wenn die nichtdeutschen Teilnehmerländer des Marshall-Plans sich über diese „Erfolge“ freuen würden. Wie schon der Harriman Report feststellte, sind die Beziehungen zwischen einem dicht bevölkerten und hochleistungsfähigen Industriegebiet und den anderen Gebieten des gleichen Wirtschaftskörpers nicht eingleisig, sondern zweigleisig. Drosselung der industriellen Produktion und damit der Kaufkraft eines solchen Gebietes schädigt die normalen Handelspartner nicht auf dem Wege fortfallender Belieferungen, sondern ebenso sehr auf dem Wege fortfallender Absatzmöglichkeiten. Käufe und Verkäufe sind nur zwei Seiten ein und desselben Vorgangs. Einer der Haupttatbestände der Jahre, die wir jetzt durchleben, besteht darin, dass der Verkäufermarkt sich immer stärker in einen Käufermarkt verwandelt, dass die Schwierigkeiten, etwas zu kaufen, an Gewicht abnehmen, dass aber die Schwierigkeiten, etwas zu verkaufen, an Gewicht zunehmen. Die Sorgen der Handelspartner Deutschlands, wie sie einen Ersatz für das finden können, was sie von Deutschland zu kaufen pflegten, müssen sich verringern, umso stärker aber müssen ihre Sorgen werden, wie sie das verkaufen sollen, was sie Deutschland normalerweise als Gegenlieferung zu verkaufen pflegten.

Dies ist umso wichtiger, als – allgemein gesehen – die Dinge, die Deutschland von seinen europäischen Nachbarn normalerweise zu kaufen pflegte, zu einem hohen Prozentsatz so genannte non-essentials waren, während die deutschen Verkaufsprodukte in starkem Maße essentials waren. Unter den non-essentials spielen landwirtschaftliche Produkte, die nicht unbedingt zum Leben notwendig sind, aber sehr zur Verschönerung des Lebens beitragen, eine besondere Rolle: Zitrusfrüchte, Trockenfrüchte, Obst und Gemüse und hier vor

allem Frühgemüse, Tabak und Wein. Nachdem auf den Weltagrarmärkten schon bei den Kernnahrungsmitteln wie Brotgetreide, Futtergetreide und Fetten der Umschlag von der Knappheit zum Überfluss sich in stürmischem Tempo vollzieht, kann die gleiche Entwicklung bei den nichtlebensnotwendigen agrarischen Produkten sich nur noch in verschärftem Maße abspielen.

Dies gilt vor allem aus dem Grunde, weil die Nachfrage nach den Grundnahrungsmitteln verhältnismäßig weniger elastisch ist, während die Nachfrage nach den non-essentials in stärkstem Maße von der Kaufkraft der Verbraucher abhängt. Wenn nun die Kaufkraft einer so großen Verbrauchergruppe, wie die Bevölkerung des deutschen Industriegebietes sie darstellt, durch Drosselung des Exports von Industrieprodukten scharf absinkt, so müssen erhebliche Mengen von agrarischen non-essentials, die diese Verbraucher zu verzehren pflegten, unverkäuflich werden. Nur in den ersten Jahren nach dem Kriege, als praktisch alle Produkte knapp waren und für einen ausfallenden Absatzmarkt irgendwo in der westlichen Welt ein Ersatz gefunden werden musste, blieb diese Tatsache verdeckt. Mit dem Übergang zu dem normalen Zustand des allgemeinen Überflusses muss sie sich aber immer stärker durchsetzen.

Hier ist festzustellen, dass Deutschland beispielsweise in normalen Zeiten 60 v. H. des türkischen Exports von Trockenfrüchten, 37 v. H. des türkischen und sogar 52,8 v. H. des griechischen Exports von Zigaretten tabak, 91,6 v. H. des italienischen Exports an Tomaten, 79,8 v. H. des italienischen Exports an Orangen und 11,7 v. H. des spanischen Exportes an Wein aufzunehmen pflegte. Da ein Ersatz für den Export dieser Produkte in den Produktionsländern selber nur in den seltensten Ausnahmefällen zu schaffen ist, da ein Export nach USA für die meisten dieser Produkte überhaupt nicht, sondern wie beim Orienttabak nur in scharf begrenzten Mengen in Frage kommt, da der englische Markt nur begrenzt aufnahmefähig ist, und zum Teil systematisch durch Präferenzen den zum englischen Imperium gehörenden Ländern zugewandt wird, droht eine dauernde Absatzkrise für diese Produktionszweige in den Marshall-Plan-Ländern. Auch hier ist das erwähnte Zitat des Harriman Committee sehr treffend. Die Reduzierung der industriellen Produktion Westdeutschlands und besonders seiner industriellen Exporte auf die Hälfte halbiert auch seine Kaufkraft für die erwähnten Produkte. Die Folgen, die dadurch im Marshall-Plan-Raum eintreten müssen – und insbesondere im europäischen Mittelmeergebiet – sind dieselben, die in Amerika in Florida, Texas und Kalifornien eintreten würden, wenn „die industrielle Produktion des Gebietes von West-Pennsylvanien bis Illinois“ durch eine Katastrophe auf ihren halben Umfang reduziert würde.

Von der Autarkieplanung zur Europaplanung

Wenn daher der Wiederaufbau Europas wirklich gelingen soll, d. h. wenn die Teilnehmerländer des Marshall-Plans von amerikanischer Hilfe unabhängig werden sollen, aber nicht auf der Grundlage einer ewigen Dürftigkeit (austerity), sondern eines wirklichen Massenwohlstandes, so müssen ihre Auffassungen über die Einschaltung Deutschlands einen radikalen Wandel erfahren. Es ist zwar schon ein großer Fortschritt in der Einstellung der Siegermächte und der Nachbarländer Deutschlands gegenüber Deutschland festzustellen, aber über die letzte Konsequenz scheint man sich doch noch nicht klar geworden zu sein. Diese letzte Konsequenz besteht in der Einsicht, dass alle europäischen Länder sich selbst in ihren Wohlstandsmöglichkeiten beschneiden, wenn sie Deutschland und insbesondere den arbeitenden Massen in Deutschland den Weg zur vollen Wiedererlangung des Vorkriegsreallohns und damit der Vorkriegs Kaufkraft ver-

sperren. Nur wenn Deutschland und insbesondere der deutsche Arbeiter sich statt von amerikanischen Liebesgaben von dem Ertrag seiner Arbeit erhalten kann, ist das Problem des europäischen Wiederaufbaus gelöst, und nur wenn der deutsche Arbeiter sich von seinem Reallohn nicht nur notdürftig sattessen, sondern auch all die Dinge kaufen kann, die vielleicht nicht lebensnotwendig sind, aber sehr zur Verschönerung des Lebens beitragen, wie Apfelsinen, Zitronen, Trockenfrüchte, Wintertomaten, Pfirsiche, Zigaretten- tabak und Wein, können auch die Länder von amerikanischer Hilfe unabhängig werden und ihrerseits eine normale Massenkaufkraft erreichen, die aus dem Verkauf dieser Produkte bei Deutschland einen nicht unwesentlichen Teil ihres Volkseinkommens zu beziehen pflegten. Der Versuch der Nachbarländer Deutschlands, unter Niederhaltung der deutschen Produktion und damit der deutschen Kaufkraft selber ihre eigenen Probleme zu lösen, zur Vollbeschäftigung und zu einem größeren Massenwohlstand zu gelangen, ist ebenso aussichtslos, wie es der Versuch von Florida, Texas oder Kalifornien sein würde, auf den Trümmern der Produktion des amerikanischen Industriegebietes und damit auf den Trümmern der Massenkaufkraft dieses Gebietes eigene Ersatzindustrien und autarke Wirtschaften aufzubauen.

Der Unterschied im Reallohn des amerikanischen und des europäischen Arbeiters ist sicher nicht auf eine einzige Ursache zurückzuführen. Unter diesen Ursachen aber ist die Tatsache eines einheitlichen Wirtschaftsraumes und eines einheitlichen Marktes für 140 Millionen Produzenten und 140 Millionen Konsumenten nicht die unwesentlichste. Der Administrator des Marshall-Plans, Paul G. Hoffman, hat vor wenigen Wochen die europäischen Völker nochmals nachdrücklich darauf hingewiesen, was Amerika dieser Tatsache eines einheitlichen Marktes für 140 Mill. Menschen verdankt, und sie aufgefordert, endlich die Wohlstandsmöglichkeiten zu nutzen, die die Schaffung eines einheitlichen Marktes für 270 Mill. Menschen ihnen eröffnet.

Er hat mit diesem Hinweis vollkommen recht, aber in keinem Falle so recht wie in der Frage der Einschaltung Deutschlands in einen wirklich einheitlichen Plan für den Wiederaufbau Europas. Die Instrumente, die von den Amerikanern den Marshall-Plan- Europäern zu diesem Zweck empfohlen und bis zu einem gewissen Grade direkt aufgezwungen werden, sind sicher nützlich: Abbau der mengenmäßigen Beschränkungen des Außenhandels innerhalb Europas (Liberalisierung) und Schaffung einer einheitlichen europäischen Währung mit unbegrenzter Transferierungsmöglichkeit von einem europäischen Land zum andern. Das allein aber genügt nicht, solange die Generalplanung in den Fesseln der nationalen Isolierung und des Autarkiestrebens befangen bleibt. Das wichtigste ist ein einheitlicher Investitionsplan insbesondere für die Marshall-Plan-Mittel und die aus diesen Mitteln gewonnenen Gegenwertfonds. Diese Mittel müssen ohne Rücksicht auf innere europäische Grenzen dort eingesetzt werden, wo sie für den Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft als Ganzem den größten Nutzeffekt haben. Angesichts der Tatsache, dass dieser Aufbau bisher im deutschen Industriegebiet in der ersten Hälfte des Marshall-Plans besonders stark vernachlässigt, ja, dass an Stelle von Wiederaufbau dort bis in die jüngste Gegenwart hinein noch immer demontiert und demoliert wurde, macht es not wendig, in der zweiten Hälfte des Marshall-Plans endlich mit dem systematischen Wiederaufbau auch dieses Gebiets zu beginnen. Das bedeutet nichts anderes, als dass - leider allzu spät und allzu dicht am Ende des Marshall-Plans - nun endlich begonnen werden muss, die Folgerungen aus den Ratschlägen zu ziehen, die die Mitglieder des Harriman Committee in ihrem Bericht an Präsident Truman bereits im Jahre 1947 gegeben haben.